1. Ausgabe • 10/2026

Mit Stimmen aus...

der Fraktion.....Seiten 2 & 14

der Basis.....Seiten 4 & 6

den Betrieben.....Seiten 4 & 11

Schule & Uni.....Seiten 7 & 9

Thema: Haushalt

Liebe Genoss:innen,

Ein Haushalt ist mit Zahlen beschriebene Politik. Hier wird festgehalten wofür wie viel Geld ausgegeben werden kann oder eben nicht. Kapitalfreundliche Sparnarrative und eine kriselnde Wirtschaft sorgen seit ein paar Jahren dafür, dass beim Thema Haushalt , das Wort „Kürzungen“ nie weit ist. Ob in Bund, Land oder in der Kommune, es wird uns regelmäßig erzählt, wofür in der kommenden Haushaltsperiode „leider“ kein Geld mehr da sei und wer den Gürtel nun noch enger schnallen muss. Mit kapitalistischer Präzision schlagen diese Kürzungen fast immer bei Personal, Infrastruktur und Sozialem ein.

Uns Linke stellen diese Angriffe auf die arbeitende Klasse vor Herausforderungen, doch über mögliche Lösungen waren und sind wir uns oft nicht einig. Denn die Haushaltsfrage berührt grundsätzliche, strategische Fragen. Dies wurde bei den Verhandlungen zum sächsischen Landeshaushalt im vergangenen Jahr besonders deutlich. Da die sächsische Minderheitenregierung auf Oppositionsstimmen angewiesen ist, wurde unsere Fraktion letztes Jahr zum Zünglein an der Waage. Nach Verhandlungen ermöglichte sie schließlich die Verabschiedung des Landeshaushalts 2025/26.

Im Laufe dieses Prozesses wurde sowohl innerhalb der Fraktion als auch an der Basis klar, dass es zu diesem Votum unterschiedliche Einschätzungen gab: Sollte man zu Gunsten von einigen Verbesserungen und Stabilität, insbesondere in der freien Trägerlandschaft, einen Kürzungshaushalt mittragen oder sollte man diesen in Gänze ablehnen? Das Bedürfnis nach einer Debatte über diese Frage wurde nicht nur im Vorfeld des und auf dem Landesparteitag spürbar, sondern auch im Nachgang, wie die Artikelserie im Leipziger Mitteilungsblatt von Mai bis November 2025 zeigt.

Mit diesem Debattenmagazin wollen wir an die Diskussion vom letzten Jahr anschließen und die Debatte zum nächsten sächsischen Doppelhaushalt 2027/28 eröffnen. Denn nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Die Situation der klammen Kassen hat sich nicht verändert, eher noch zugespitzt und die Landesregierung ist weiterhin auf Stimmen aus der Opposition angewiesen. So bleibt die Frage „Was tun mit dem Haushalt?“ weiterhin aktuell.

Wir freuen uns sehr über die Vielfalt der bei uns eingegangenen Beiträge und bedanken uns an dieser Stelle bei allen Autor:innen. Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven legen in diesem Heft Genoss:innen aus Betrieben, Uni, öffentlichem Dienst, Landtagsfraktion u. a. ihre Sicht zum Haushalt und den Verhandlungen dar. Das Resultat ist ein umfassender Überblick über die Pluralität der Standpunkte innerhalb unserer Partei, von konstruktiver Verhandlung und Zustimmung bis zur klaren Opposition, sowie spannende Standpunkte dazwischen. Dabei wird auch deutlich, welche Bedeutung der Haushalt für staatliche und linke Politik einnimmt und welche strategischen Fragen damit verbunden sind. Die gemeinsame Klammer aller Beiträge ist dabei, welche Spielräume Die Linke innerhalb der bürgerlichen Politik hat, wie sie Verbesserungen für die arbeitende Klasse erkämpfen und zugleich langfristig Gegenmacht gegen den Status Quo aufbauen kann.

Dieses Magazin ist aber keinesfalls die Zusammenfassung der gesamten Debatte, sondern versteht sich viel mehr als einen ihrer Grundsteine. Es soll euch dazu anregen, mit Genoss:innen in euren Strukturen über das Thema ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren. Als Redaktion laden wir euch außerdem dazu ein, aktiv an der Debatte teilzunehmen und uns weitere Beiträge für eine zweite Ausgabe einzusenden. Anschließend an dieses Heft wollen wir in einer weiteren Ausgabe Repliken und Reaktionen versammeln und so in eine aktive Diskussion kommen.

Und nun wünschen wir eine gute Lektüre!

Eure Redaktion - Georg Grünewald, Nicolas Rother und Katja Wagner

DEBATTEN MAGAZIN

Die Linke

Der Entwurf ist inakzeptabel – und der Ball liegt bei der Koalition

Der Landtag ringt um einen neuen Staatshaushalt. **Rico Gebhardt**, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärt das Verfahren – und warum offen ist, wie es endet

Die Bundesregierung unter Friedrich Merz ist an vielem schuld – auch daran, dass Bundesländer wie Sachsen nur geringen und viele Kommunen praktisch keinen finanziellen Spielraum haben. Überall wachsen die Ausgaben schneller als die Einnahmen. Es ist höchste Zeit, das Steueraufkommen zu erhöhen. Doch die Vermögenden und die Konzerne müssen weiterhin keinen gerechten Anteil beitragen. Der Bundesregierung rüstet stattdessen schuldenfinanziert auf und kürzt im Sozialbereich. Der Freistaat Sachsen hat kaum Möglichkeiten, seine Einnahmen durch eigene Steuern zu erhöhen.

Mit Sorge haben wir deshalb den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 erwartet. Das dröge Zahlenwerk entscheidet über Beratungsstellen und Vereine, über Soziales, Kultur, Jugendarbeit, Bildung, Mobilität, über Stellen und Projekte, Kommunalfinanzen, Investitionen und vieles mehr. 2027 und 2028 gibt der Freistaat so viel Geld aus wie nie zuvor: insgesamt 53,5 Milliarden Euro. In der Öffentlichkeit ist die Rede von einem Rekordhaushalt. Gut ist, dass die schlimmsten Befürchtungen sich nicht bewahrheitet haben.

Vor Monaten hatten Medien über ein „Haushaltsloch“ von mehr als drei Milliarden Euro berichtet. Wenn man jetzt in den Entwurf schaut, zeigt sich: Er ist „ausgeglichen“, wie das gesetzlich vorgeschrieben ist. Haushaltsplanungsrecht ist eine komplexe Sache, der Regierungsentwurf umfasst 4.200 Seiten voller Zahlen und Tabellen. Dennoch lässt sich grob skizzieren, wie die Koalition mit dem Geldmangel umgehen will.

Wie groß ist das „Haushaltsloch“ tatsächlich?

Zum Jahresbeginn wies das Finanzministerium für 2027 und 2028 eine „Deckungslücke“ von insgesamt 2,9 Milliarden Euro aus. Die Regierung zieht jetzt mehrere Register. So wird sie insgeheim froh über einen Erfolg sein, den wir gemeinsam mit den Grünen erreicht haben: Bei der letzten Haushaltsberatung setzten wir durch, dass der Freistaat den grundgesetzlichen Spielraum nutzen und Kredite aufnehmen darf. Infolge der letzten Grundgesetzänderung ist das bis zu einem Umfang von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlaubt, obwohl die „Schuldenbremse“ auf der Länderebene dies eigentlich verbietet. So stehen 2027/2028 insgesamt 1,5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Hinzu kommen 800 Millionen Euro aus Rücklagen und Haushaltsresten. Die übrigen 600 Millionen Euro sollen als „Globale Minderausgabe“ (GMA) eingespart werden. Diese Regelung gab es schon beim letzten Haushalt, aber die Ministerien sind nicht verpflichtet, diese Maßnahme zu ergreifen.

Am Ende zählt weniger der Haushaltsplan, sondern der Haushaltsvollzug. Auch in den beiden nächsten Jahren werden Steuer-Mehreinnahmen, Ausgabereste und übliche Einsparungen etwa infolge der Nichtbesetzung von Stellen einen erklecklichen Teil der GMA reduzieren helfen. Trotzdem: Der Regierungsentwurf ist konservativ und teils rückwärtsgewandt, viele Plantitel müssen korrigiert werden. Selbst Ausgaben, die gleich bleiben, laufen auf weniger Mittel hinaus, weil etwa wegen der Inflation und begrüßenswerten Lohnzuwächsen viele Kosten steigen.

Ein Entwurf, den wir nur ablehnen können

Am 26. August hat der Landtag erstmals im Plenum über den Regierungsentwurf beraten. Unsere Fraktionschefin Susanne Schaper hat klargestellt: „Der Entwurf ist meilenweit davon entfernt, gut für Sachsen oder für uns Linke akzeptabel zu sein. So, wie er jetzt ist, können wir nur ablehnen.“ Er sei nur deshalb kein totaler Kahlschlag, weil Sachsen sich Geld für Investitionen und die Kommunen leiht. Solche Kredite haben wir Linken lange gefordert und uns letztlich – gemeinsam mit den Grünen und der Unterstützung der SPD – gegen die jahrzehntelange Blockade der CDU durchgesetzt. Jetzt kann der Freistaat Kredite nutzen, um Werte zu schaffen, etwa für Kitas, Schulen und Krankenhäuser. Außerdem stehen pro Haushaltsjahr mehr als 400 Millionen Euro aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes zur Verfügung, die über den „Sachsenfonds“ ausgereicht werden. Die Linksfraktion hat überdies beim letzten Etat viele Programme verteidigt, die jetzt nicht mehr in Frage stehen, etwa für zivilgesellschaftliche Akteure.

Warum wir Abgeordneten nicht alleine entscheiden

Unseren Kurs stecken wir auch diesmal nicht alleine ab, denn wir sind als Gemeinschaft von sechs Abgeordneten nicht allwissend. Wir sprechen derzeit mit vielen Menschen, deren Arbeit der Haushalt unmittelbar betrifft. Unser „gesellschaftlicher Konsultationsmechanismus“ ist ein Alleinstellungsmerkmal und hat sich beim letzten Mal bewährt. In diesem Rahmen konnten wir am 20. August mehr als hundert Menschen in Dresden begrüßen, aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen, Genossenschaften, Sozialverbänden und Gewerkschaften. Unsere Abgeordneten gaben erste Einschätzungen zu „ihren“ Einzelplänen ab und hörten vor allem zu. Daraus sind viele neue Gesprächstermine entstanden, umfangreichen Schriftverkehr gibt es sowieso.

In der ersten Septemberhälfte veranstalten wir erstmals eine digitale Hearing-Woche zur Haushaltsberatung. Dort gehen wir in die Details und analysieren die Einzelpläne im Gespräch mit denjenigen, deren Arbeit direkt betroffen sein wird. Da geht es etwa um die Themenbereiche Gesundheit, Pflege, Justiz, Tierschutz, Schule, Kita, Kultur, Hochschule, Radverkehr, Kinder- & Jugendförderung, Bus und Bahn, Sport, Wirtschaft, Klimaschutz, Zivilgesellschaft & Demokratieförderung, Gleichstellung oder Umwelt. Am 28. September kommt die Linksfraktion



Beschäftigte aus Klinik und Uni konfrontieren Finanzminister Piwarz

zur Haushaltsklausur zusammen. Wir werden über unsere Änderungsanträge sprechen, die zeigen, wie wir den Regierungsentwurf sozialer machen wollen. Susanne Schaper hat in ihrer Landtagsrede bereits auf eine Reihe von Kürzungen hingewiesen, die für uns nicht hinnehmbar sind.

Kürzungen, denen wir widersprechen

Der Kernbereich Soziales mit Feldern wie Inklusion, ältere Menschen oder Pflege wird im Vergleich zum letzten Haushalt am stärksten geschrumpft, bei der Inklusion um ein Drittel. Das gefährdet die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, bei der wir sowieso weit zurückliegen. Die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung bleiben zu niedrig. Auch die Pflegebudgets sowie Pflegekoordinatorinnen und -koordinatoren sowie die Engagierten, die ältere Menschen im Alltag begleiten, unterliegen Kürzungen. Das betrifft auch mehrere Teile des Gesundheitsbereichs, wie die fachärztliche Weiterbildung, Prävention und Telemedizin. Nicht akzeptabel sind zudem die Einschnitte bei den Tierschutzvereinen.

Sehr besorgt sind wir angesichts der Kürzungen zulasten der Hochschulen, wo die Defizite weiterwachsen. In diesem Bereich ist 2027/28 der größte Stellenabbau vorgesehen. Auch die Studierendenwerke sollen weniger Geld bekommen. An den Schulen gibt es zwar mehr Assistenzstellen, aber immer noch zu wenig Sozialarbeit. Im Bereich Wohnen fehlen Mittel für altersgerechten und klimagerechten Umbau, obwohl schon die Hitze allen zeigt, wie nötig er ist. Die Kulturstiftung als zentrales Förderinstrument für die freie Kunst- und Kulturszene soll Einbußen hinnehmen, auch der Demokratieförderung drohen neue Einschnitte.

Geflüchteten zu helfen ist unsere humanistische Pflicht. Deshalb halten wir es für falsch, dass im Entwurf bei der Integration gekürzt wird, unter anderem bei der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, beim Mentoring für zugewanderte Arbeitssuchende oder beim Programm „Integration durch Sport“. Im Verkehrsbereich werden Ressourcen von Bus, Bahn und Radverkehr zum Straßenbau verschoben. Auch die Kürzungen im Bereich des Natur- und Klimaschutzes und der nachhaltigen Wirtschaft sind für uns nicht akzeptabel.



Auch Vertreter unserer Fraktion unterschreiben den offenen Brief gegen Stellenabbau und für Investitionen im öffentlichen Dienst

Der Ball liegt bei der Koalition

CDU und SPD werden Ende September entscheiden, mit wem sie verhandeln wollen – ob mit dem BSW oder mit Linken und Grünen. Auf der Grundlage aller Rückmeldungen aus unserem gesellschaftlichen Konsultationsmechanismus werden wir als Linke nach engem Austausch von Partei und Fraktion zu gegebener Zeit gemeinsam entscheiden, ob wir ein Gesprächsangebot der Koalition annehmen würden – so es denn eines geben sollte. Heute ist aus meiner Sicht alles offen, auch die Frage, ob das Parlament wie geplant kurz vor Weihnachten einen Haushaltsplan beschließen wird.

Übrigens: Der Landtag kann nur einen Bruchteil der 53,5 Milliarden Euro frei verteilen. Das meiste Geld ist durch Personalausgaben, gesetzliche Aufgaben oder Bundes- und EU-Programme gebunden. 2025 konnte das Parlament etwa zwölf Prozent des Geldes bewegen, 2027 und 2028 sind es im Schnitt 11,5 Prozent. Umso wichtiger ist es, diese Mittel bestmöglich einzusetzen. Für uns zählen Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Zusammenhalt. ■



Weiter so ist keine Option

Felix Knorr und Hedda Hauser

Sommer 2026 in Leipzig, 40 Grad, der ÖPNV bricht zusammen. Kolleg*innen der Uniklinik kommen nicht zur Arbeit. Eine Kollegin kommt an und kollabiert, weil sie den Weg zu Fuß gegangen ist. Patient*innen, die das Bett nicht verlassen können, verlangen verzweifelt nach Ventilatoren und Kühlakkus, aber Ventilatoren gibt es nur zwei und der Gefrierschrank hat längst den Geist aufgegeben. Beim Thema Klimaanlage winken alle ab. Durchhalten ist die Devise. Niemand glaubt hier an substantielle Verbesserungen. Man ist schon froh, wenn man am Wochenende keine Überstunden machen muss.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Wochen mehr als klar gemacht, welchen Stellenwert sie dem Gesundheitswesen einräumt. Die „Reform" der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und andere Angriffe der Bundesregierung treffen auf einen chronisch unterfinanzierten Sektor. Die Beschäftigten versuchen mit aller Kraft noch den Patient*innen gerecht zu werden, während sie selbst vor dem kollektiven Burnout stehen. Hart erkämpfte Errungenschaften der letzten Jahre wie eine sichere Finanzierung oder Instrumente zur Personalbemessung werden rückabgewickelt. Aber das Signal der GKV-Reform gilt allen Beschäftigten: Wer einen Job hat, soll froh sein und arbeiten – härter, länger, für weniger Geld und schlechtere Absicherung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen verstehen diese Signale. Vor der Personalversammlung zur GKV-Reform standen die Leute Schlange. Aus ganz Deutschland fuhren im Juni tausende Beschäftigte nach Hannover, um gegen die Pläne auf die Straße zu gehen. Es ist nicht unbedingt Resignation, was viele hier fühlen. Aber die politischen Kräfte von links, deren Aufgabe es wäre, den Unmut in Politik zu übersetzen, sind weiterhin viel zu wenig sichtbar. Manche legen mehr Wert auf die Gunst möglicher Koalitionspartner und bürgerlicher Medien als darauf, den einfachen, hart arbeitenden Menschen zu vermitteln: Mit der Linken gibt es kein „Weiter so".

Die Linke in Sachsen hat sich in den vergangenen Haushaltsverhandlungen für minimale Zugeständnisse hinter Parteien gestellt, die in den vergangenen Jahrzehnten das Land zugrunde gewirtschaftet haben. Ein halbes Jahr später ist der Finanzminister in den Tarifverhandlungen der Länder auf Arbeitgeberseite aufgetreten und hat fast schon folgerichtig den Druck knapper Kassen auf uns Beschäftigte abgewälzt.

Machen wir uns nichts vor! Die Leute sehen, welche Gehälter Vorstände und Manager abgreifen, welche Dividenden DAX-Konzerne ausschütten und wie viel verdammtes Geld in Panzer und Drohnen gesteckt wird. Sie wissen, dass sie mit dem Gerede von „mangelnden Spielräumen" und „harten Zeiten" verarscht werden. Und sie ziehen ihre Konsequenzen – auch wenn uns diese nicht immer gefallen. Der Druck auf die einfachen Beschäftigten – nicht zuletzt im Gesundheitswesen - wird massiv werden. Wer sich nicht komplett verausgabt, rutscht in Armut. Damit wird es noch wichtiger, dass es eine politische Kraft gibt, die sich kompromisslos an ihre Seite stellt, die Angriffe der Regierung als Klassenkampf von oben entlarvt und eine angemessene, solidarische Antwort formuliert.

Wir nehmen wahr, dass die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften als letzte Option gegen eine Machtübernahme der AfD verstanden wird. Aber das „Weiter so" im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und die Missachtung von großen Teilen der Lohnabhängigen durch die politische Klasse sind der Boden für genau den Frust und Zynismus, auf den die Rechten ihre Stärke aufbauen.

Wir wünschen uns von unserer Partei und ihren Vertreter*innen – auch in Sachsen – dass sie diese Gemengelage endlich ernst nimmt, der großen Masse der Beschäftigten den Rücken stärkt, offensiv die Schuldigen für die klammen Klassen benennt und in Fragen von Wirtschaft, Finanzen und öffentlicher Infrastruktur selbstbewusst für einen radikalen Kurswechsel eintritt. ■

Felix Knorr und Hedda Hauser sind aktive Mitglieder der Linken und Pflegekräfte in Ausbildung am Universitätsklinikum Leipzig.

Verhandeln ja, mithaften nein

Andreas Bessler

Die Debatte über unser Verhalten in den kommenden Haushaltsverhandlungen wird gern als Entscheidung zwischen zwei Wegen erzählt. Entweder wir verhandeln mit der CDU und retten, was zu retten ist. Oder wir verweigern uns, bleiben sauber und überlassen das Feld anderen. Beide Erzählungen sind bequem, und beide führen in die Irre. Die eigentliche Frage lautet nicht, ob wir verhandeln. Sie lautet, was am Ende der Verhandlung steht: unsere Unterschrift unter ein Gesamtpaket, das wir in weiten Teilen ablehnen, oder unsere Stimme nur dort, wo wir tatsächlich etwas durchgesetzt haben.

Was dieser Haushalt wirklich ist

Wer den Regierungsentwurf vom 3. Juli 2026 als reinen Kürzungshaushalt beschreibt, macht es sich und der Landesregierung zu leicht. Der Entwurf umfasst rund 53,5 Milliarden Euro für beide Jahre, so viel wie nie zuvor. Die Investitionen steigen, dazu kommen jährlich rund 400 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes über den Sachsenfonds. Der Finanzminister kann mit diesen Zahlen jede pauschale Kürzungskritik abräumen, und genau das wird er tun.

Die Wahrheit liegt eine Ebene tiefer. Dieser Haushalt ist ein Umverteilungshaushalt. Die großen Posten wachsen, weil Bundesmittel fließen, die das Land kofinanzieren muss. Bezahlt wird diese Kofinanzierung dort, wo keine Lobby laut wird: bei den Landesprogrammen für Soziales, Bildung, Beratung und Zivilgesellschaft, und beim Personal. Mehr als 8.700 Stellen sollen bis 2040 abgebaut werden, 523 davon bereits in den nächsten beiden Jahren. Die Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus soll 30% ihrer Mittel verlieren, ausgerechnet in einem Land, in dem die extreme Rechte nach der Macht greift.

Wer solche Programme durchführt, weiß, was eine Kürzung um 30% operativ bedeutet. Sie bedeutet nicht, dass eine Organisation 30% weniger tut. Sie bedeutet Kündigungen von Fachkräften, die nicht wiederkommen, abgebrochene Beziehungen zu Menschen, die jahrelang Vertrauen aufgebaut haben, und Träger, die im Folgejahr keine Finanzierung mehr stemmen können und ganz verschwinden. Aufgebaut wird in Jahrzehnten, zerstört in einem Haushaltsbeschluss. Diese Perspektive der Praxis fehlt in Dresden fast vollständig, und sie muss der Maßstab unserer Verhandlungsposition sein.

Druck wirkt: Der Fall der Schuldenbremse

Die Behauptung, ohne unsere Zustimmung zum Gesamthaushalt seien keine Verbesserungen zu erreichen, ist durch die eigene Geschichte dieser Fraktion widerlegt. Im Januar 2024 hat die Fraktion ihre Zustimmung zu einer von der Koalition gewünschten Verfassungsänderung an die Bedingung geknüpft, die Schuldenbremse aus der Landesverfassung zu streichen. Die Regierung verzichtete lieber auf ihr Vorhaben, als diesen Preis zu zahlen. Das war Vetomacht in Reinform: Wir



Gesundheitsblock bei den Sozialprotesten am 26.09.26

haben verhandelt, wir haben Bedingungen gestellt, und wir haben am Ende nichts unterschrieben, was wir nicht wollten.

Und siehe da: Der neue Entwurf nimmt erstmals Kredite in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro auf. Jahrelang galt neue Verschuldung in Sachsen als Denkverbot, unsere Fraktion hat Sondervermögen und Kreditfinanzierung gegen höhnischen Widerstand gefordert. Jetzt macht die CDU es selbst, natürlich ohne uns zu erwähnen. Druck wirkt. Er wirkt aber nicht, weil wir am Ende brav zustimmen, sondern weil die Regierung unsere Stimmen braucht und nicht sicher sein kann, sie zu bekommen. Eine Zustimmung, die von vornherein feststeht, ist keine Verhandlungsmasse. Sie ist ein Geschenk.

Warum die Unterschrift unter das Gesamtpaket der Fehler ist

Wenn fünf von sechs Abgeordneten einem Haushalt zustimmen, der Milliarden bei Personal, Infrastruktur und Sozialem kürzt, dann haben wir diesen Haushalt mitbeschlossen. Punkt. Jede differenzierte Begründung, jedes Verweisen auf „Es verhinderte Schlimmeres“ verdampft in dem Moment, in dem die CDU im nächsten Wahlkampf sagen kann: Ihr habt es doch mitgetragen. Wir verlieren damit das Wichtigste, was eine kleine Fraktion besitzt, nämlich die Klarheit ihrer Erzählung.

Das ist keine abstrakte Sorge. Im Februar 2027 wählt Leipzig eine neue Stadtspitze, wenige Wochen nach dem voraussichtlichen Haushaltsbeschluss. Die Kommunen und ihre Träger werden die Folgen dieses Haushalts als erste spüren. Eine Linke, die in Dresden im Dezember unterschreibt, was sie in Leipzig im Februar beklagt, macht sich unglaubwürdig, und zwar genau bei den Menschen, deren Vertrauen wir gerade zurückgewinnen. Gleichzeitig eskaliert die Bundesdebatte über das Verhältnis zur CDU, die Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern werden sie im Herbst weiter anheizen. Was wir in Sachsen tun, wird bundesweit gelesen werden.

Was ich stattdessen vorschlage

1. Wir verhandeln, und zwar hart. Die Minderheitsregierung braucht Stimmen aus der Opposition. Diese Position nicht zu nutzen, wäre Arbeitsverweigerung gegenüber allen, deren Projekte am seidenen Faden hängen. Wer Verhandlungen grundsätzlich ablehnt, muss den Beschäftigten der bedrohten Träger erklären, warum Prinzipientreue wichtiger ist als ihre Arbeitsplätze. Diese Erklärung möchte ich nicht schuldig bleiben müssen.

2. Wir benennen unsere roten Linien vorab und öffentlich. Keine Zustimmung zu einem Haushalt, der beim sozialen Zusammenhalt, bei der Demokratiearbeit und bei den Trägerstrukturen kürzt. Öffentliche rote Linien binden nicht nur die Regierung, sie binden auch uns selbst und machen unser Handeln für die eigene Mitgliedschaft überprüfbar. Genau diese Überprüfbarkeit hat im letzten Jahr gefehlt, sonst gäbe es dieses Debattenmagazin nicht.

3. Wir trennen Verhandlungserfolge von der Gesamtabstimmung. Was wir durchsetzen, tragen wir in den Einzelabstimmungen mit und reklamieren es offensiv als unseren Erfolg. Dem Gesamthaushalt, der trotz aller Verbesserungen ein Haushalt des strukturellen Rückbaus bleibt, stimmen wir nicht zu. Enthaltung oder Ablehnung im Schlussakt sind kein Verrat an den Verhandlungen, sie sind deren logische Vollendung: Wir haben geliefert, wo wir konnten, und wir haften nicht für das, was wir nicht verhindern konnten. Ob die Regierung ihren Haushalt dann mit anderen Stimmen beschafft, ist ihre Aufgabe, nicht unsere.

4. Wir verbinden die Verhandlungen mit den Protesten, statt beides gegeneinander zu stellen. Jede Verhandlungsrunde braucht ein Gegenstück auf der Straße und in den Einrichtungen. Die Fraktion sollte gemeinsam mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen sichtbar machen, was konkret auf dem Spiel steht, mit Namen, Orten und Gesichtern statt mit Milliardensummen, die niemand fühlen kann. Verhandlungsmacht am Tisch entsteht durch Druck vor der Tür. Wer beides trennt, entwertet beides.

5. Die Basis entscheidet mit. Vor der Schlussabstimmung gehört das Verhandlungsergebnis in die Kreisverbände, mit ausreichend Zeit und ehrlicher Darstellung dessen, was erreicht wurde und was nicht. Eine Fraktion, die im Namen der Partei verhandelt, muss der Partei auch das letzte Wort zumuten. Das ist unbequem und langsam. Es ist aber der einzige Weg, auf dem aus einer umstrittenen Fraktionsentscheidung eine getragene Parteiposition wird.

Der Kern

Verantwortungsvolle Opposition heißt nicht, am Ende die Hand zu heben, damit die Regierung ihre Arbeit erledigen kann. Verantwortungsvolle Opposition heißt, jede Stimme, die wir haben, so teuer wie möglich zu verkaufen und trotzdem erkennbar zu bleiben. 2024 haben wir bewiesen, dass das geht. Machen wir es zur Methode: verhandeln mit offenem Visier, durchsetzen, was durchsetzbar ist, und die Unterschrift unter den Rückbau des sozialen Sachsens verweigern. Wer beides kann, Verhandlung und Nein, den kann diese Regierung nicht einpreisen. Und nur wer nicht einzupreisen ist, hat Macht! ■

Von Demokratie-Dienstleistern und Engagierten

Eine kritische Intervention von **Frederik Schwieger**

Innerhalb der Partei wird die Rettung der Zivilgesellschaft immer wieder als Argument für Kompromisse gegenüber der CDU/SPD-Landesregierung in Bezug auf die Haushaltsverhandlungen angeführt. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang die Gefahr einer drohenden Abwicklung von Projekten und sozialen Dienstleistungen befürchtet, die im Bereich Integration, Demokratiebildung, Kultur u.v.m. angesiedelt sind. Der vorliegende Text versteht sich als Anregung, über die Struktur und Entwicklungen der vergangenen Jahre innerhalb „der Zivilgesellschaft" zu reflektieren und unser Verhältnis als Partei gegenüber ihren Vertretern in solidarischer, aber auch kritischer Art und Weise neu zu bestimmen.

Zivilgesellschaft – Was ist das?

Was konkret „die Zivilgesellschaft" ist, die viele Genoss*innen und Mandatsträger*innen fördern und vor dem Untergang bewahren wollen, bleibt in unserer Partei zumeist unterbestimmt. Die Bundeszentrale für politische Bildung versteht unter Zivilgesellschaft: „Wenn Menschen



freiwillig und ohne finanzielle Interessen einzeln oder in Zusammenschlüssen politisch aktiv werden […]. Der Begriff umfasst also jenen Bereich einer Gesellschaft, der zwischen Staat, Ökonomie und Privatsphäre liegt." In der Tat ist eine starke Zivilgesellschaft eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Vereine und Initiativen nehmen das Handeln der Regierung kritisch in den Blick und decken so Missstände auf. Zivilgesellschaft kann dabei sehr Unterschiedliches bezeichnen: Wohlfahrtsverbände; den kleinen Verein, der einen kommunal geförderten Jugendclub oder ein Frauenhaus betreibt; die von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Süßmuth mitgegründete Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), die mit einem Millionenbudget bundesweit zahlreiche Projekte umsetzt; das NDC Sachsen, das mit mehreren Projektbüros in sächsischen Großstädten landesweit tätig ist, jedoch keine Mitglieder organisiert; ebenso klassische Mitgliederorganisationen wie den BUND, der allein in Leipzig mehrere tausend Mitglieder zählt, oder Gewerkschaften, die sich primär über ihre Mitgliedsbeiträge finanzieren; schließlich auch die Vielzahl kleiner thematischer Vereine, die sich für oder gegen bestimmte Anliegen engagieren, gelegentlich Förderanträge stellen, vor allem aber ihren jeweiligen Vereinszweck verfolgen.

Von Demokratieprojekten und Mitgliedsvereinen

Während sich die Wohlfahrtsverbände und andere Massenorganisationen wie die Arbeiterjugendvereine als Reaktion auf die unmittelbare soziale Not im Übergang zum 20. Jahrhundert herausbildeten und für gesellschaftlichen Fortschritt eintraten, haben andere Teile der modernen Zivilgesellschaft eine weit kürzere Historie: Einige Vereine und Initiativen gründeten sich nach dem Ende der DDR in Reaktion auf die zuvor erlebte erstarrte Gesellschaft der 1980er Jahre und wurden politisch aktiv. Noch moderner ist jedoch das Phänomen der seit den 2000er Jahren vielerorts aktiven Demokratievereine, deren Aufstieg in engem Zusammenhang mit neu geschaffenen staatlichen Projektförderstrukturen steht. Diese Träger sind inzwischen finanziell und personell so stark aufgestellt, dass ihre Ressourcen Bereiche wie die klassische politische Bildung und die außerschulische Jugendbildung weit überragen. Doch sind sie kein Ergebnis kollektiver Organisierung oder gemeinsamer Interessen, sondern sie existieren, weil es durch staatliche Programme Geld für bestimmte Förderzwecke gibt (z. B. Extremismusprävention oder Bildung für Demokratie und Vielfalt). Ob Menschen vor Ort einen konkreten Bedarf an der Erfüllung dieser Förderziele haben, ist der Finanzierungsfrage nachgeordnet: So profitieren beispielsweise Menschen mit Fluchterfahrung im ländlichen Raum fraglos von Sprachkursen und Integrationsangeboten, die ihnen in einer von Rassismus und Exklusion geprägten Gesellschaft durch lokale Träger gemacht werden. Andere Träger dagegen suchen oft händeringend nach Teilnehmenden für ihre Demokratiebildungsangebote, weil diese keine Verankerung in der lokalen Bevölkerung haben und im schlimmsten Fall als linksliberales Belehrungsangebot wahrgenommen werden.

Obwohl viele Demokratieprojektträger nicht auf dem Engagement lokaler Aktiver beruhen, sind sie inzwischen – auch in der Diskussion unserer Partei – kaum noch zu differenzieren von Organisationen, die sich



klassisch vor Ort selbst organisieren. Dazu kommt: Auch diese Vereine und Verbände mit einer lokalen Verankerung wurden und werden durch die Logiken der Mittelverteilung ebenfalls dazu angehalten, den Zwecken der Fördermittelgeber zu entsprechen und passen sich in ihrer Form so zunehmend ebenfalls den professionellen Demokratieprojektträgern an. Aus Vereinen, die einst selbst gewählte Ziele und Zwecke verfolgten, werden (austauschbare) Trägerstrukturen, die sich durch Fachlichkeit und Professionalität auszeichnen.

Von Trägerinteressen und förderbedingten Eigenlogiken

Die Demokratieprojektträger sind im eigentlichen Sinne jedoch vor allem Auftragnehmer der verschiedensten staatlichen Förderprogramme. Die Orientierung an ihnen führt also auch bei denjenigen, die der klassischen Zivilgesellschaft zuzuordnen wären (lokale Vereine), zu Anpassungsprozessen und einem Verlust an kritischem Potenzial. Das wiederum führt dazu, dass die heutige Zivilgesellschaft ihre eigentliche Funktion, ein kritisches Korrektiv gegenüber staatlichem Handeln zu sein, kaum mehr erfüllt. Stattdessen entstehen offensichtliche Abhängigkeiten. Diese Abhängigkeiten kritisch zu thematisieren, ist für die Betreffenden wiederum kaum möglich, weil viele Projektträger wiederum von der Bewilligung oder Verlängerung ihrer Projekte abhängig sind und in diesen Projekten inzwischen zahl-

reiche Angestellte beschäftigen. An dieser Stelle greift die Eigenlogik der Selbsterhaltung: Ein Projektende bedeutet immer auch die Arbeitslosigkeit von Mitarbeitenden und ggf. auch den Verlust von anderen Ressourcen, z. B. Räumen, die im ländlichen Raum ohnehin spärlich gesät sind. In diesem Prozess treten die ursprünglich selbst gesetzten Vereinsziele und -zwecke immer mehr in den Hintergrund, da die jeweils geltenden und sich verändernden Zwecke und Ziele der Förderprogramme maßgeblich sind. Anpassung heißt deshalb notwendigerweise die Devise! Träger, die sich dieser Zurichtung nicht unterwerfen, stehen dann zunehmend in Konkurrenz zu denjenigen, die gegenüber den Fördermittelgebern als politisch genehm und verlässlich sowie obendrein besonders professionell erscheinen. Die Folge: Unangepasste Träger bleiben klein, während Träger, die die Sprache, Begriffe und Zielvorgaben der Programme souverän beherrschen und zugleich über gute politische Kontakte verfügen, profitieren – ein Prozess der Auslese! Diese Auslese wiederum zeitigt ihre politischen Folgen, wenn expandierende Demokratieträger mit zahlreichen Angestellten dann wiederum für ihre politischen Interessen werben: Wer mehrere hauptamtliche Mitarbeitende beschäftigt, verfügt über viel ausgedehntere Ressourcen für die politische Lobby-Arbeit als kleine Vereine, in denen die Arbeit größtenteils ehrenamtlich getragen wird.

Das große Ganze, also der gesellschaftliche Umgang mit existierenden Problemen, gerät vor diesem Hintergrund übrigens zum Teil ebenfalls unter die Räder: Der Kampf für die Kindergrundsicherung, die vor allem armen Kindern direkt zugutekäme, wurde etwa viel weniger hart geführt als derjenige gegen die Kürzungen, die Träger betreffen.

Was nun? Was tun?
Wem aus der Zivilgesellschaft wir als Partei Gehör schenken, ist dementsprechend eine hoch politische Frage.

Ihre Beantwortung setzt einerseits voraus, dass wir uns überhaupt darüber bewusstwerden, dass nicht alle „zivilgesellschaftlichen" Akteure unterschiedslos als „Engagierte" zu betrachten sind, mit denen wir die gleichen Ziele teilen oder deren Arbeit ausnahmslos wichtig und richtig ist. Es ist notwendig, zu unterscheiden, wessen Interesse sich im Träger-Lobbyismus manifestiert: das Eigeninteresse eines Trägers oder seines Personals, die um Selbsterhaltung ringen. Oder aber das Interesse von ehrenamtlich Aktiven im ländlichen Raum, deren herausgehobenes Engagement gegen alle Widerstände marginalisierten Gruppen oder jungen Menschen eine Möglichkeit für Selbstorganisation bietet. Organisieren sich dort Menschen mit konkreten gemeinsamen Interessen und (politischen) Zielen? Oder überdeckt die klassische Vereinsform und das zivilgesellschaftliche Auftreten lediglich die professionelle NGO-Struktur, deren Zielsetzung sich durch ihre Geldgeber ergibt? Insbesondere für eine sozialistische Partei, deren Perspektive unter den gegebenen Umständen eine grundsätzlich gesellschaftskritische sein sollte, ist es von essenzieller Wichtigkeit, hier genau hinzuschauen: Wer teilt unsere Perspektive, dass alles nicht bleiben darf, wie es ist? Und wer adressiert uns auf die immer gleiche professionelle Art, wie es auch bei allen anderen Parteien der Fall ist?

Diese Frage sollte für uns als Partei noch in einem anderen Sinne handlungsleitend sein: Wir sollten uns zurückerinnern an die politischen Meinungsbildungsprozesse in der historischen Sozialdemokratie und der kommunistischen Bewegung. Statt Vertretern aller möglichen existierenden Organisationen gleichermaßen Gehör zu schenken, entsendeten – andersherum – beispielsweise die Organisationen der Arbeiterwohlfahrt oder der Arbeiterjugend ihre Vertreter*innen in die jeweiligen Parteivorstände, um dort die Interessen ihrer Klientel in einen gemeinsamen Diskurs einzubringen. Auf diese Weise konnte ein solidarisch-kritischer Rückmeldeprozess und Austausch zwischen Partei und Trägervertretern stattfinden. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass uns statt bezahlter Träger-Lobbyisten politisch engagierte Genoss*innen gegenübersitzen – und dass Menschen in diesem Sinne überhaupt bereit sind, sich in kollektiven Verständigungsprozessen über Jahre gemeinsam zu organisieren. An der Beförderung dessen müssen wir in diesem Sinne arbeiten: einer Stärkung eines antifaschistisch-sozialistischen Vorfelds unserer Partei! ■

Ein Pflaster für einen Knochenbruch

Justin Tredup Das Ermöglichen des Doppelhaushalts 2025/26 durch die Linksfraktion und was wir für den nächsten Doppelhaushalt 2027/28 lernen müssen

Es ist das Frühjahr 2025. Wir erfuhren im Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband (SDS), der Hochschulgruppe der Linkspartei, in Dresden von den geplanten allumfassenden Kürzungen der sächsischen Landesregierung. Die Studierendenwerke sollten weniger Geld erhalten, die Universitäten schlechter ausgestattet werden und die Infrastruktur weiter kaputtgespart werden. Das waren nur die Punkte, die uns als Studierende direkt beeinflussen würden.

Außerdem wurde die Kettensäge an die Schuldnerberatung, die Sucht- und Psychiatriehilfe sowie Angebote für Migrant:innen und junge Menschen angelegt. Die Landesregierung lässt zusätzlich die Kommunen unter dem Druck ihrer Aufgaben kollabieren. So erleben wir Schließungen von Jugendzentren, Bädern und Sportanlagen, sowie die Streichung von Zuschüssen für Vereine. Außerdem kommt es zu sogenannten kalten Kürzungen. Dabei können zurecht gestiegene Gehälter durch das Einfrieren von Budgets nicht mehr bezahlt werden und Stellen werden künftig nicht mehr nachbesetzt.

Wie sollte die Reaktion einer sozialistischen, also antikapitalistischen Gruppe aussehen?
Die erste Möglichkeit ist es, sich mit dem Haushalt auseinanderzusetzen und die Kürzungen transparent zu machen. Die betroffenen Menschen anzusprechen, zusammenzubringen und zu organisieren und mit dieser Masse an Menschen einen Protest auf die Straße zu stellen, welcher das kapitalistische System als solches angreift und die Parlamentarier:innen zum Handeln zwingt. Die zweite Möglichkeit ist es, Verhandlungen mit der Regierungskoalition zu führen um den Sachsenfonds zu stärken, Kreditaufnahmen zu ermöglichen und deutliche Abmilderungen für die katastrophalen Kürzungen zu erreichen. [1]

Die Gruppen des SDS in Sachsen haben sich für den ersten Weg entschieden und wir haben mit über 500 Menschen symbolisch die "Alte Mensa" in Dresden beerdigt deren Finanzierung auf der Kippe stand und den Sarg zum sächsischen Landtag getragen um dort unsere Wut zu äußern und auf das Problem aufmerksam zu machen.

Die Linksfraktion im sächsischen Landtag hat sich für den zweiten Weg entschieden. Sie haben knapp zwei Wochen vor den finalen Besprechungen des Haushalts im Parlament einen Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag gestellt und sich somit auch parteiintern abgesichert, dass dieses Vorgehen im Sinne der Parteigenoss:innen ist.

Ich sehe diesen Weg kritisch und ich möchte euch zeigen, warum.

Welches Ziel verfolgt die Fraktion damit und was bewirkt sie tatsächlich damit?
Die Fraktion kommuniziert im Dringlichkeitsantrag [1], sowie in den Medien [2], dass sie soziale Kürzungen verhindern und



Demo gegen den Kürzungshaushalt im Sommer 2025 in Dresden

zusätzliche Vereinbarungen treffen wollte. Außerdem sollten die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme von der Landesregierung auch genutzt werden. Die Bedingungen wurden auf dem Landesparteitag im Juni 2025 klar formuliert und zusätzlich wurde Wert darauf gelegt, dass noch einmal betont wird, dass die Linke Sachsen Proteste gegen Kürzungen organisiert und unterstützt und die "neoliberale und rechtskonservative Politik aus der sächsischen CDU ablehnt" [1].

Dabei wurde unterschlagen, dass mit der Ermöglichung des Doppelhaushaltes 2025/26 genau diese neoliberale Politik gestützt wird. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD kürzt bei Integration, NGOs, Vereinen und Demokratiearbeit. Das trifft die Menschen in Sachsen direkt. Damit spreche ich der Fraktion nicht die Erfolge ab, die sie in den Verhandlungen, zum Beispiel in Bezug auf die Studierendenwerke, erreicht haben. Trotz dessen kommt bei den Menschen die Schlagzeile an, dass die Linke den Kürzungshaushalt der Landesregierung ermöglicht.

Die immer wieder aufkeimenden Diskussionen zu den Kürzungen sorgen für großen Druck auf viele Träger in Sachsen, welche ihre Angestellten jedes Jahr aufs Neue befristen müssen. Das hat einen Effekt der Disziplinierung auf die Zivilgesellschaft an deren Seite wir bedingungslos stehen müssen. [4]

Aber der wichtigste Punkt ist, dass die Politik der sächsischen Linksfraktion die AfD stärkt.

Die Menschen erleben Tag für Tag, dass die Brücken in Sachsen einstürzen, die Schulen verfallen, die Kommunen unter dver finanziellen Last kollabieren, der ländliche Raum vereinsamt und auf der anderen Seite immer mehr Geld für die Aufrüstung verschwendet wird. Wenn dann ein Haushalt beschlossen wird, welcher von CDU bis Linksfraktion ermöglicht und getragen wird, kommt bei der Masse der Menschen an, dass die Linksfraktion nicht nur das kleine Pflaster auf dem Knochenbruch erkämpft hat, sondern auch den gesamten Rahmen, also alle Probleme inklusive Aufrüstung, mitträgt.

Die Menschen sehen nun zum Status Quo keine Alternative mehr außer die AfD, welche seit Jahren sehr konsequent jedes Regierungshandeln kritisiert und sich somit glaubwürdig als Alternative darstellt.

Uns ist natürlich allen klar, dass die AfD keine Alternative zum neoliberalen kapitalistischen Status Quo ist, sondern die konsequentere Durchsetzung dessen und noch weiter gehender Ausgrenzung von Minderheiten als es jetzt schon der Fall ist. Den Menschen fehlt aber eine glaubwürdige Alternative zum Status Quo, welche den Menschen statt dem Kapital in den Vordergrund stellen. Diese Systemalternative zum Kapitalismus müssen wir, die Linkspartei, sein! Wir müssen konsequent die Widersprüche im Kapitalismus in den Vordergrund stellen! Unsere Politik im Parlament muss die Kämpfe der arbeitenden Klasse auf der Straße und in den Betrieben unterstützen. Die Parlamentarier:innen dürfen die Probleme nicht nur verwalten und somit auf die nächste Haushaltsverhandlung verschieben. Durch das Schützen des bürgerlichen Lagers um die CDU und SPD schwächt die Linkspartei die Organisierung der Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Studierendeninitiativen. Die organisierte Zivilgesellschaft verlassen sich auf die völlig unzureichende Befriedigung der Konflikte im Parlament und erreichen deswegen nicht ihre Potentiale in der Organisierung der Massen auf der Straße.

Auf lange Sicht stärkt diese Form der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Lager die sächsische AfD, welche gesichert rechtsextrem ist. [5]

Auf der anderen Seite ist dieses Mitspielen im Parlament keine Erfolgsgeschichte in der sächsischen Linkspartei. Wir sehen eine Marginalisierung der Partei von 22% 1999 zu 4,5% im Jahr 2024. Der derzeitige Aufwind ist nicht den Erfolgen der letzten Haushaltsverhandlung zu danken, sondern dem Trend auf Bundesebene auf dessen Langfristigkeit wir uns nicht verlassen sollten. Stattdessen müssen wir uns in Parlamenten als glaubwürdige Opposition positionieren. ■

[1]https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2025/04/Beschluss_D.1._18.LPT_1.T_Die-saechsische-Linke-als-verantwortungsvolle-Opposition.pdf

[2]https://www.saechsische.de/politik/regional/doppelhaushalt-25-26-reaktionen-aus-sachsen-von-enttaeuschung-bis-zuversicht-3QOAPJKMSFEAPKAA2J7V4NBKJA.html

[3]https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=42572

[4]https://www.instagram.com/p/DLRUXCJszi8/?img_index=8

[5]https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-sachsen-rechtsextremistisch-100.html

Nicht von Haushalt zu Haushalt hangeln

Jakob Treptow In der Bildungspolitik braucht Die Linke eine langfristige Strategie

Lehrkräfte, Schüler*innen und Sozialarbeiter*innen spüren in den letzten Jahren eine zunehmende Verschärfung der Situation an sächsischen Schulen. Getrieben wird diese von immer weitergehenden Einsparungen im Freistaat. Der Frust sitzt tief, findet bisher aber kaum eine Möglichkeit in politisches Handeln übersetzt zu werden. Hier muss Die Linke ansetzen.

Das herausragend ungerechte Schulsystem in Sachsen

Sachsen brüstet sich schon lange damit, in nationalen Vergleichstests eines der leistungsstärksten Bildungssysteme aufzuweisen. Diese Ergebnisse sind seit jeher durch ein besonders selektives Bildungssystem erkauft worden, welches sozial ungerechte Nebeneffekte erzeugt. Sachsen hat einen der schlechtesten Personalschlüssel in Kindergärten, teilt besonders früh und rigoros in verschiedene Schulformen und hält weiterhin an einem weit verzweigten Förderschulsystem fest. In Studien zur Chancengerechtigkeit ist das angeblich so starke sächsische Bildungssystem daher oft auf dem letzten Platz. Die soziale Herkunft der Kinder entscheidet nirgendwo sonst in Deutschland so stark über Bildungserfolg wie im Freistaat. Einen ernsthaften bildungspolitischen Aufbruch hin zu Inklusion, längerem gemeinsamen Lernen oder modern gefassten Lehrplänen sucht man im Jahr 2026 vergebens. Hinzu kommt der chronische Mangel an Lehrkräften, der sich besonders an Oberschulen und im ländlichen Raum zeigt, wo teilweise 20-30% des Unterrichts ausfallen.

Maßnahmenpakete, die es nur schlimmer machen

Diese Lücken sollen vor allem mit Lehrkräften „aus dem System“ gestopft werden. So wurde in einem ersten Schritt mit einem Maßnahmenpaket vom März 2025 die Arbeitszeit durch eine Vielzahl bürokratischer Veränderungen indirekt erhöht (Kürzung von Abminderungsstunden [1], Limitierung von MAU-Stunden [2], etc.). In einem zweiten Schritt wurde diese freigesetzte Mehrarbeit dann durch Abordnungen in ländliche Gebiete oder an andere Schulformen verteilt. So werden im laufenden Schuljahr fast 5000 Lehrkräfte von ihrer eigentlichen Schule an andere Schulen abgeordnet. Dies führt dazu, dass mittlerweile ein Viertel des Unterrichts in Sachsen von Lehrer*innen gehalten wird, die entweder nicht für das Fach oder die Schulform ausgebildet sind. An Förderschulen sind es sogar 62 Prozent. Darüber hinaus reißen die fehlenden Kolleg*innen an ihren eigentlichen Schulen neue Lücken: Schüler*innen verlieren Klassenlehrkräfte und Bezugspersonen, Kollegien müssen langfristige Projekte einstampfen und die zunehmenden bürokratischen Aufgaben auf immer weniger Schultern verteilen - sprich der Mangel wird breitgetreten. Dass gelingende Bildung immer von stabilen Beziehungen geprägt ist, gerät völlig aus dem Blick, da Lehrkräfte reine Verschiebemasse zum Stopfen von Löchern werden.

In städtischen Gebieten versucht das Kultusministerium diese Lücken erst gar nicht über Neueinstellungen zu schließen. Stattdessen bekommen die meisten Neubewerber*innen nur noch Angebote an Orten, die teils hunderte Kilometer von ihrem Wohnort entfernt liegen. Viele suchen ihr Glück deshalb mittlerweile in anderen Bundesländern.



Auch wenn sich die genannten Maßnahmen nicht direkt aus dem Landeshaushalt ergeben, sind sie doch größtenteils haushaltspolitisch getrieben. Statt ausreichend Lehrkräfte auszubilden, einzustellen und Anreize für den ländlichen Raum zu schaffen, soll mit möglichst wenig Mitteln, die Dauerkrise so lange ausgehalten werden, bis die Schüler*innenzahlen fallen. Dies soll laut fragwürdigen Prognosen [3] im Laufe der 2030er Jahre geschehen, weswegen die Landesregierung sogar plant bis 2040 über 4000 Stellen in den Schulen abzubauen.

Der letzte Haushalt verschärft die Situation weiter

Der letzte Doppelhaushalt, dem unsere Fraktion bis auf Nam Duy zugestimmt hat, sorgte für weitere Verschlechterungen. So wurden beispielsweise Gelder für den Ganztagsbereich reduziert und der Deutsch-als-Zweitsprache-Unterricht drastisch zusammengestrichen. Darüber hinaus wurden die Mittel für die Schulsozialarbeit nicht im gleichen Maße wie die gestiegenen Kosten angehoben, wodurch ein Großteil der sächsischen Landkreise in diesem Bereich Stellen streichen musste. Auch wurden die Zuschüsse für die kommunale Sanierung und den Neubau von Schulen reduziert. Dies führte in der Praxis dazu, dass längst geplante Sanierungen kurzerhand von den finanziell klammen Kommunen abgesagt wurden. Viele Schulen bleiben folglich bis auf Weiteres ohne benutzbare Turnhalle, haben kein trinkbares Leitungswasser oder müssen Unterricht in eigentlich baufälligen Räumen mit kaputten Fenstern, Rissen in den Wänden und abgebrochenen Kloschüsseln auf den Toiletten durchführen.

Und Die Linke?

Nach Verkündung des Maßnahmenpakets im Frühjahr 2025 zeigte sich in vielen Kollegien eine Wut, die in verschiedenen Protestformen zum Ausdruck kam. So riefen zum einen die Gewerkschaften zu Kundgebungen auf, die von einigen Hundert Lehrkräften besucht wurden. Zum anderen bildeten sich spontan an vielen Schulen kleinere Initiativen von Kolleg*innen, die kreativ in der Öffentlichkeit oder auf Social Media ihren Unmut kundtaten [4]. Auch in der Leipziger Linken vernetzten sich viele Lehrkräfte als Reaktion auf die zunehmenden Kürzungen und sorgten für neuen Wind in der örtlichen AG Bildung. Die Pressemitteilungen und Reden unserer Fraktion zeigten hingegen wenig Bezug zur tatsächlichen Situation an den Schulen und spiegelten die angestaute Wut nur sehr begrenzt wider. Auch eine Vernetzung mit Initiativen innerhalb der Partei oder mit Gewerkschaften, um über die Kürzungen zu diskutieren und Gegenwehr zu organisieren wurde nicht in Angriff genommen.

Neues Schuljahr, alter Frust

Das Momentum aus dem Frühjahr 2025 scheint erst einmal verflogen zu sein. In den Kollegien macht sich Frustration und zunehmende Ohnmacht breit, während Angebote zur kollektiven Organisierung und Gegenwehr rar sind. Die GEW schafft es zwar nach wie vor zu Tarifverhandlungen respektable Streiks auf die Beine zu stellen und Gehaltserhöhungen durchzusetzen, bietet aber ansonsten kaum Anknüpfungspunkte für die dauerhafte Vernetzung von kritischen Kolleg*innen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele der jüngeren Kolleg*innen durch ihre Verbeamtung von Streiks ausgeschlossen sind.

Welche Rolle Die Linke spielen könnte

Doch grundsätzlich hat sich 2025 gezeigt, dass Lehrkräfte bereit sind dem Kahlschlag

etwas entgegenzusetzen. Die meisten wissen nur nicht, wohin mit ihrer Wut, da ein Anknüpfungspunkt für gemeinsamen Austausch und Organisierung fehlt. Hier sollte Die Linke mutig in die vorhandene Leerstelle hineinpreschen. Eine glaubwürdige bildungspolitische Arbeit von unten kann ein Anziehungspunkt für kritische, engagierte Lehrkräfte sein und weiteren Kürzungen etwas entgegensetzen.

Dafür sollten sich zunächst Linke-Lehrkräfte innerhalb der Partei vernetzen und die lokalen Bildungs-AGs in Leipzig, Chemnitz, Dresden und im ländlichen Raum aufbauen. Die gerade laufende Wiederbelebung der Landes-AG-Bildung ist dann der nächste wichtige Schritt. Hier könnten zum einen die Erfahrungen der lokalen AGs gezielt zusammenfließen, zum anderen könnte eine aktive Anbindung an die Landtagsfraktion aufgebaut werden. Die Fraktion könnte somit die Anliegen direkt aus den Schulen in den Landtag tragen und darüber hinaus mit finanziellen oder personellen Mitteln politische Veranstaltungen, Social-Media-Kampagnen oder Protestaktionen der Bildungs-AGen vor Ort unterstützen. Diese Ansätze würden Die Linke glaubwürdig in der Bildungspolitik sichtbar machen, womit wiederum neue Lehrer*innen, Eltern oder Schüler*innen gewonnen werden könnten. Auch ließen sich so Brücken zu anderen gesellschaftlichen Bewegungen, wie beispielsweise den Anti-Wehrpflicht-Protesten der Schüler*innen schlagen. Viele wichtige Fragen würden dabei aufgeworfen und diskutiert werden müssen: Wie ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften? Wie schafft man Protestformen, die angestellte und verbeamtete Lehrkräfte einbinden? Wie aktiviert man die Elternschaft? Usw...

Rückenwind gegen Kürzungen

Mit einer erstarkenden gesellschaftlichen Bewegung, die sich den bildungspolitischen Kahlschlag nicht gefallen lassen möchte, ließe sich auch in Haushaltsverhandlungen ein beträchtlicher Druck aufbauen. Läuft die Staatsregierung Gefahr mit ihren Kürzungen eine schon vorhandene Protestbewegung weiter anzufachen, ist die Hürde für drastische Einsparungen sicherlich höher. Werden Kürzungen mit einer Bewegung im Rücken abgewehrt, wäre dies ein kollektiver Erfolg der aktiven Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen. Dies würde die Anziehungskraft einer solchen Bewegung für kommende Auseinandersetzungen weiter steigern. Werden die Kürzungen jedoch ohne eine gesellschaftliche Bewegung von einzelnen Abgeordneten in geschlossenen Sitzungen verhandelt, hängt der Erfolg nicht von der Stärke Vieler, sondern lediglich vom Verhandlungsgeschick Einzelner ab [5].

Darüber hinaus ist der Großteil der oben beschriebenen Kürzungen gar nicht direkt durch den Haushalt oder Gesetze aus dem Landtag zustande gekommen. Die Maßnahmenpakete, die Abordnungspraxis und das Einstellungsverhalten kommen ohne parlamentarische Mitsprache direkt aus dem Kultusministerium bzw. dem Landesamt für Schule und Bildung. Will man diese Verschlechterungen abwehren, nutzt einem weder der Konsultationsmechanismus, noch die Mitsprache bei den Haushaltsverhandlungen etwas. Man kann sich in diesen Fällen nur über gesellschaftlichen Druck zur Wehr setzen. Der Aufbau einer bildungspolitischen Bewegung ist also letztlich nicht auf das Verhindern des Schlimmsten im kommenden Haushalt gerichtet, sondern als langfristige Aufgabe zu verstehen. Nur so kann Die Linke tatsächlich einen Pol der Hoffnung organisieren und in den kommenden Jahren nicht nur Abwehrschlachten gegen zunehmende Verschlechterungen führen. Nur so kann der so dringend nötige Kampf für ein sozial gerechtes, inklusives und ausfinanziertes Bildungssystems geführt werden. In der Bildungspolitik hat Die Linke die Chance ein Thema zu besetzen, dass (noch) nicht von rechten Kräften dominiert wird. Sie muss dafür nur den Mut haben eine gesellschaftliche Kraft aufzubauen, die von denen getragen wird, die die Misere jeden Tag in den Schulen ausbaden müssen, also den Lehrkräften, Schüler*innen, Eltern und Sozialarbeiter*innen. ■

Jakob Treptow ist Lehrer an einer Leipziger Schule und aktiv in der AG Bildung Leipzig der Linken

[1] Die Anzahl der Unterrichtsstunden einer Lehrkraft kann durch besondere Aufgaben (Erstellung des Vertretungsplans, Planung des Abiturs, Verwaltung der IT-Infrastruktur, hoher Korrekturaufwand, etc.) gemindert werden.

[2] MAU = Mehrarbeitsunterrichtsstunden. Diese fallen an, wenn vertreten werden muss oder aber Exkursionen durchgeführt werden.

[3] Die Schätzungen des LASuB gehen unrealistischerweise davon aus, dass in jedem Jahr alle freien Stellen tatsächlich besetzt werden. Dies ist in den letzten Jahren aber nie gelungen.

[4] Prominentes Beispiel ist hierbei die Protestaktion am Leipziger Leibniz-Gymnasium, die es sogar in den Kreuzer schaffte.

[5] Eine rein parlamentarische Verhandlungstaktik führt im besten Fall zu einer höheren Wähler*innenzustimmung für Die Linke, im schlimmsten Fall wird die Partei als Teil des Establishments wahrgenommen, da sie ja letztlich doch einknicke und Kürzungen mittrage. Wozu diese Taktik aber sicherlich nicht führt, ist die Aktivierung bestehender Parteimitglieder oder die Gewinnung neuer Genoss*innen.



Mit dem Taschenrechner gegen den Kapitalismus?

Mitglieder*innen der AG Betrieb und Gewerkschaft über den Landeshaushalt und Machtfragen

Sozialist*innen gehen von einer unumstößlichen Prämisse aus: Unser Kampf um Gleichheit entscheidet sich an der Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Daran gemessen steht für uns als AG Betrieb und Gewerkschaft eine Beobachtung in der Haushaltsdebatte im Mittelpunkt: Der innerparteiliche Konflikt über die Zustimmung zu einem Kürzungshaushalt droht die eigentlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien zu verdecken.

Die entscheidende Frage für Sozialist*innen lautet nicht nur, wie wir gegen Haushaltskürzungen mobilisieren können, an welchen Stellen etwas fehlt. Oder wie wir die Reichen über Besteuerung ein bisschen zur Kasse bitten. Sie lautet, wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht, wer über ihn verfügt und welche Machtverhältnisse seine Verteilung bestimmen. Wir sind der Auffassung: In der Haushaltsdebatte spaltet sich unsere Partei nicht in Reformer*innen und einen „sozialistischen" linken Flügel.

1. Ein Industriearbeiter aus der AG B&G reflektiert die Reformen und den Sozialstaat

Für uns Arbeiter*innen wirken gegen uns gerichtete „Reformen" unmittelbar. Am deutlichsten zeigt sich das an der Gesundheit. Intensivierte Arbeit und längere Arbeitszeiten schlagen sich in steigenden Krankheitsausfällen nieder. Ob auf dem Bau, im Krankenhaus, im Büro oder in der Fabrik: Wo Arbeitsplätze abgebaut und Arbeitsprozesse verdichtet werden, müssen immer weniger Kolleg*innen immer mehr Arbeit bewältigen. Schichtarbeit, steigende Lebenshaltungskosten und Reallohnverluste erhöhen den Druck zusätzlich. Besonders alarmierend ist der Anstieg psychischer Erkrankungen.

In den Schaltzentralen der Macht ein anderes Bild: Wirtschaftsbosse und Regierungen scheinen planlos, sie propagieren in der Krise den Verzicht und das Sparen. Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch ein Desaster. Während das Arbeitszeitgesetz den stärksten Angriffen seit 1945 ausgesetzt ist, sollen selbst in den Bastionen der Arbeitermacht wie der Automobilindustrie Beschäftigte demnächst wieder 40 statt 35 Stunden pro Woche arbeiten, bei gleichem Lohn. Selbst der Acht-Stundentag soll im Sinne unternehmerischer Flexibilität fallen, sodass auch 13-Stundentage regelmäßig möglich werden. Eine absolute Kampfansage an unsere Gesundheit!

Die Kapitalseite hat längst erkannt, dass unsere Gewerkschaften nicht mehr aus der Defensive herausgekommen und Stück für Stück Positionen aufgeben. Wir sehen das bei der Rückstellung der 35h Woche zu Gunsten einer Beschäftigungssicherung in den Elbeflugzeugwerken Dresden. Bei Alstom in Görlitz und VW in Osnabrück, wo die IG Metall, entgegen ihrer Satzung, den Umbau zur Rüstungsproduktion mitträgt, um Industriestandorte zu sichern. Und so steigern Arbeitgeber, Lobbyverbände, Milliardäre und deren politische Vertretungen kontinuierlich den Druck, um ihre Forderungen durchzusetzen. Als Linke Gewerkschafter*innen fehlt uns die Organisierung in unseren Betrieben und in den Gewerkschaftsgremien, um den strategischen Kurs wirksam beeinflussen zu können.

Die ideologische Schlagseite der Debatte wird in der Automobilindustrie sehr deutlich, in der Industrie, in der ich arbeite. Dort ist der Anteil der Lohnkosten am Umsatz in den letzten Jahren weiter gesunken. Laut IG Metall machten die Löhne in der Kostenstruktur 2020 noch einen Anteil von 13,9 Prozent aus, 2025 waren es nur noch 10,7 Prozent. Wenn hohe Löhne die entscheidende Ursache der gegenwärtigen Probleme wären, müsste sich die Situation der Branche trotz des gesunkenen Lohnkostenanteils entsprechend verbessert haben. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Durch globale Überproduktion gelingt es der Automobilindustrie eines Landes, sich nur noch auf Kosten der Industrien anderer Länder zu konsolidieren. In der Konkurrenz sind Beschäftigte immer die Leidtragenden. Sich auf dem Rücken der eigenen Beschäftigten gegenüber anderen Industrien zu behaupten, gelang dem deutschen Kapital über Jahrzehnte. Das hat sich nun geändert, durch globale Überkapazitäten und gegenüber der staatlich geplante Industrie- und Investitionspolitik Chinas geraten die westlichen Automobilkonzerne zunehmend unter Druck. Gegen einen Plan helfen dogmatische marktradikale Reformen eben nicht. Ganz im Gegenteil schwächen sie den Binnenmarkt, führen zu fehlenden Steuereinnahmen durch den Abbau von gut bezahlten Arbeitsplätzen sowie den Ausfall von Gewerbesteuern. Damit schwinden Mittel, die über den Haushalt umverteilt werden können, etwa ins Gesundheits- oder Bildungswesen.

Eines werde ich im Kolleg*innenkreis nicht müde zu betonen: Der Sozialstaat ist eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Er begrenzt die unmittelbare Abhängigkeit der Lohnabhängigen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft und ist damit zugleich eine wichtige Machtressource. Er schützt Menschen vor den unmittelbaren Folgen von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit. Aber er ist mehr als ein Sicherheitsnetz. Ein funktionierender Sozialstaat stärkt die Position von Lohnabhängigen. Wer nicht jeden Job um jeden Preis annehmen muss, verfügt über Verhandlungsmacht.

Das 34-Punkte-Programm der Bundesregierung ist keine bloße Sparmaßnahme. Wer Befristungen ausweitet, Sanktionen verschärft oder Rentenansprüche abbaut und Arbeitszeit verlängert, senkt nicht nur staatliche Ausgaben. Er verschlechtert zugleich die Verhandlungsposition von Beschäftigten und stellt die Weichen zurück zur Produktion absoluten Mehrwerts wie Marx sagt, durch Ausdehnung der Surplusarbeit. Der gegenwärtige Umbau des Sozialstaats dient nicht in erster Linie dem Haushaltsausgleich. Er dient der Disziplinierung von Lohnabhängigen, er ist ein Generalangriff auf unsere Verhandlungsmacht. Denn eines sollte in unserem Kampf klar werden: Der Sozialstaat ist keine Wohltat, sondern eine Machtressource der Lohnabhängigen in einer auf Ausbeutung basierenden kapitalistischen Gesellschaft. Gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft muss in aller Deutlichkeit eingewandt werden: Wer hart arbeitet, der muss auch hart kämpfen!

2. Die Haushaltsdebatte aus Sicht einiger Aktiver in der AG B&G Leipzig

Die Konflikte um den sächsischen Haushalt haben unsere Partei tief beschäftigt. Das ist verständlich. Haushaltsentscheidungen betreffen Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, soziale Projekte und Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich unmittelbar. Kürzungen müssen bekämpft werden, die Verteidigung öffentlicher Daseinsvorsorge ist keine Nebensache. Sie erhält die Machtressourcen aller Lohnabhängigen.

Mit Rückblick auf die letzte Haushaltsrunde zeigt sich aber auch eine Tendenz deutlich. Wir haben keine Kraft für Reformen im Sinne der Lohnabhängigen. Unter den aktuellen parlamentarischen Kräfteverhältnissen stimmte die sächsische Landtagsfraktion der Linken zusammen mit den Grünen einer fetten Kürzung von fast drei Milliarden Euro mehrheitlich zu. Die Landesregierung ließ durchblicken, dass ein Scheitern des Haushaltsentwurfs zur Destabilisierung der demokratischen Verfahren führen könnte. Vom Vertrauensverlust profitiere am Ende die AfD, hieß es. Zum anderen ziehe ein Scheitern des Haushaltsentwurfs eine Haushaltssperre nach sich, die erhebliche Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge und den öffentlichen Dienst hätte. Im Kern lässt sich dieses Argument nicht einfach zurückweisen.

Dennoch entbrannte in der Folge eine taktisch bis moralische Debatte, wie „die Kuh vom Eis zu holen" sei (Leipziger Mitteilungsblatt). Linkes Verantwortungsbewusstsein gegen linke Oppositionskultur. Unmittelbare Stützung der Sozialverbände vs. Strategische Neuausrichtung der Partei durch eine Absage an weitere Verschlechterung. Wenig

diskutiert wurde dagegen, ob Haushaltssperren selbst ein Mittel linker Politik sein können. Wir sollten uns dabei nichts vormachen: Linke Parlamentsarbeit wird immer wieder in derartige Dilemmas geraten. Viele der neuen Mitglieder*innen erfahren nun hautnah, was es heißt, mit einer elektoralen, parlamentarischen Strategie an Grenzen zu geraten.

Die Kürzungen zerreiben unsere Partei an einem Punkt besonders, der bisher nur unzureichend adressiert ist: Die soziale Zusammensetzung der Partei ist zunehmend durch Beschäftigte und Interessen geprägt, die eng mit dem öffentlichen Dienst und staatlich finanzierten Bereichen verbunden sind. Gerade diese Teile unserer Klasse sind vom Haushalt besonders und unmittelbar betroffen. Die deutliche Kritik an einer Zustimmung zum Kürzungshaushalt von Teilen der Parteibasis ist nicht nur taktisch zu erklären. Dass die Debatte so scharf geführt wird, verweist auf eine reale Verschiebung der sozialen Zusammensetzung unserer Partei und dass diese Interessen in unserer Partei stärker artikuliert werden als z.B. der Niedergang und die Kämpfe um Sozialtarife in der Industrie. Eines sollte dabei aber klar sein: Alle Teile unserer Klasse gilt es in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen – das gilt nicht nur im Parlament, sondern vor allem im Betrieb und in der Befähigung für Gewerkschaftsarbeit.



Mobi am DHL-Hub für die Unkürzbardemo am 26.9

Politischer Einordnungsversuch

Die Partei sollte in der klaren Absage von Teilen der Parteibasis ein Spiegelbild der Klassenzusammensetzung unserer Parteibasis erkennen, die unmittelbar von Kürzungen betroffen sein werden. Das erfordert mehr Fingerspitzengefühl als in der vergangenen Debatte beim Landesparteitag. Machttaktisch mag das Auftreten der Landesführung vielleicht konsequent sein, ob es klug ist, darf bezweifelt werden. Die Debatte führte in letzter Konsequenz zu einer Konfrontation einer couragierten Parteibasis, die in den vergangenen Jahren stark angewachsen ist, mit der Fraktion und ihrem loyalen Umfeld.

Auch in den AGs Betrieb und Gewerkschaft (B&G) stehen wir erst am Anfang einer Debatte, wir sind in den technischen Verfahren des Haushalts keine Expert*innen. Eine Debatte, um die wir nun nicht mehr umhinkommen. Anders als einige Kommentatoren sehen wir am Haushalt nicht, dass die entscheidende Trennlinie in unserer Partei zwischen „Reformer*innen“ und einem sozialistischen „linken Flügel“ verläuft. Beide Seiten bewegen sich im Feld parlamentarischer Ansätze und suchen nach Wegen, soziale Verschlechterungen abzuwehren.

Aus einer sozialistischen Perspektive plädieren wir dagegen dafür, die Perspektive etwas zu erweitern und schlagen einen Blick auf zwei Verteilungsprozesse vor. Der erste findet unmittelbar in der Produktion statt. Hier entscheidet sich, welcher Teil des geschaffenen Werts als Lohn an die Beschäftigten fließt und welcher Teil als Unternehmensgewinn beziehungsweise als Grundlage für Dividenden, Investitionen und Vermögensbildung zur Verfügung steht. Dieser Prozess bestimmt die grundlegenden Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft.

Die politische Debatte konzentriert sich meistens auf den zweiten Verteilungsprozess: Steuern und Haushalte. Dort wird festgelegt, welcher Teil des bereits verteilten Reichtums wieder eingesammelt und für öffentliche Zwecke verwendet wird. Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur und Sozialleistungen werden aus diesem zweiten Verteilungsprozess finanziert oder auch Rüstungsausgaben eines Staates.

Das Problem besteht darin, dass die erste Verteilung in der öffentlichen Debatte oft ausgeblendet wird. Auch in unserer Partei. Die Automobilindustrie liefert dafür ein anschauliches Beispiel. Volkswagen, BMW und Mercedes erzielten selbst in Krisenjahren Milliardengewinne. Volkswagen lag im Jahr 2023 bei einem Gewinn von knapp 18 Milliarden Euro im Jahr 2023, bei BMW über 18 Milliarden im Jahr 2022, bei Mercedes von 23,4 Milliarden im Jahr 2021. Gleichzeitig flossen riesige Summen an Dividenden und über Aktienrückkäufe an Großaktionäre. Während die Löhne stagnierten und dem Sozialstaat Geld fürs Nötigste fehlt, waren für die Eigentümerfamilien Porsche, Piëch, Quandt und Klatten Vermögenszuwächse in Milliardenhöhe drin. Die Familien Porsche und Piëch bekamen über ihre Holding Firma bis 2020 noch jährlich etwa 750 Millionen Euro an Dividenden, seit 2021 waren es im Durchschnitt knapp 1,8 Milliarden Euro pro Jahr – eine Facharbeiterin müsste rund 100.000 Jahre arbeiten, um auf die Porsche/Piëch-Dividenden von 2014 bis 2024 zu kommen.

Genau hier wird sichtbar, dass die gesellschaftliche Verteilungsfrage nicht beim Haushalt oder bei der Besteuerung misslingt. Kapitalerträge und große Vermögen werden viel weniger besteuert als Arbeit und kleineres Vermögen. Aber Verteilungsfragen beginnen bereits dort, wo über Eigentum, Gewinne und Investitionen entschieden wird. Wenn wir eingangs erwähnten, dass nur 10-13% des Umsatzes in der Automobilindustrie auf Lohnkosten entfallen, entfällt ein weiterer Teil auf Vorleistungen, Material, Energie, Abschreibungen und weitere Kosten. Entscheidend für die Klassenfrage ist aber vielmehr, wie der innerhalb der Produktion geschaffene Wert zwischen Löhnen und den Ansprüchen des Kapitals verteilt werden. Genau in diesem Verhältnis zeigt sich die von Marx analysierte Ausbeutung.

Kanonen oder Butter

Ein entscheidender Faktor sollte aber nicht vergessen werden: die massive Ausweitung der Militärausgaben, die mit Stimmen der Linken im Bundesrat bewilligt wurden. Diese sind zwar von der Schuldenbremse ausgenommen. Da die Zinsen dieser Ausgaben zurück in den Regelhaushalt fließen, sind sie eine enorme Belastung für den Haushalt. Das Kanonen-und-Butter Dilemma ist real: Wenn weniger Panzer und Drohnen angeschafft würden, dann müsste auch weniger Geld für Zinsen aufgewendet werden. Die Regierung müsste also weniger stark bei den Sozialleistungen kürzen. Wer Milliarden für Aufrüstung mobilisieren kann, könnte auch Milliarden für soziale Infrastruktur mobilisieren und diese von der Schuldenbremse ausnehmen.

Den Kampf gegen Aufrüstung müssen wir unerbittlich führen! Dieser Staat befindet sich auf dem Weg in eine Kriegswirtschaft. Die Zahlen sind ein Beleg. Allein im Jahr 2030 würden die Militärausgaben auf 183

Milliarden Euro steigen, das sind rund 30 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens (635 Milliarden Euro). Das ist für eine Friedenswirtschaft einmalig. Wer in einer solchen Konstellation kürzt, macht das trotz bestehender haushaltspolitischer Zwänge aus einer politischen Entscheidung. Und zwar Entscheidungen, die die Kriegsgefahr unmittelbar vergrößern. Ein erneutes Einknicken in der Militarisierungsfrage würde unsere Partei sprengen!

Aber auch hier gilt: Die Rüstungsfrage allein als Verteilungsfrage zu stellen greift zu kurz. Wenn die Industriekrise nur noch durch Aufrüstung abgeschwächt werden kann und private Eigentümer vor allem nach Renditekriterien investieren, stellt sich die Frage, wer die industrielle Transformation eigentlich planen und steuern soll und wie das jenseits der Rüstungsindustrie gelingen kann? Darauf bleibt die Linke Antworten schuldig. Das ist vielen Menschen nicht entgangen.

Was tun mit Sachsens Haushalt

Mit Blick auf den sächsischen Landeshaushalt heißt es: Die Luft etwas rauslassen! Die Schärfe der Debatte steht in keinem Verhältnis zu dem strategischen Gewicht, das wir ihr beimessen sollten. Wenn die „Reformer" die Reichweite parlamentarischer Mehrheiten überschätzen, überschätzt der „linke Flügel" häufig die politische Wirkung richtiger Forderungen. Beides bleibt folgenlos, da die gesellschaftliche Macht fehlt, sie durchzusetzen. Weil Durchsetzbarkeit auf betriebliche und gewerkschaftliche Macht gestützt ist. Es mag bitter klingen, aber in der Haushaltsfrage können wir derzeit nichts gewinnen, selbst wenn wir uns an die Seite der Beschäftigten stellen und gegen Kürzungen mobilisieren.

Bei allem Einsatz der Linken gegen den sozialen Kahlschlag haben die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt eines als Seismograf offengelegt: Erstmals im Erhebungszeitraum seit 2016 geben die meisten der Befragten an, man traue der AfD am ehesten zu, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen (29 Prozent im Vergleich zur Linken mit 18 Prozent). Wäre das anders ausgefallen, wenn die Landtagsfraktion der Linken in der Haushaltsverhandlung auf das Mittel der Haushaltssperre setzt? Wir glauben nicht. Wenn die Linke stärker einen dritten Pol zwischen herrschenden Parteien und AfD aufgebaut hätte? Schon eher. Diese Ausrichtungsfragen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der AfD erstmals gelungen ist, die soziale Frage als Prunkstück linker Politik zu entkernen und neu zu besetzen – ein erklärtes Ziel von Björn Höcke und des neu-rechten Vordenkers Benedikt Kaiser. In dieser Kategorie dominierte im Erhebungszeitraum stets die Linke und die SPD. Die Nachwahlbefragungen zeigt auch, dass nur 3 Prozent der Befragten Der Linken zutraut, die Wirtschaft voranzubringen, die meisten (30 Prozent) trauen das am ehesten der AfD zu. Das erklärt die erheblichen Stimmanteile der AfD unter Wählenden, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht einschätzen, die bei ganzen 65 Prozent liegen. Die AfD gewinnt nicht deshalb, weil sie überzeugende Antworten auf die soziale Frage hätte. Sie gewinnt, weil andere Parteien einschließlich der Linken auf die Frage nach Industrie, Arbeit und Wirtschaft keine glaubwürdige Antwort gibt.

Was heißt das konkret für den Haushalt? Sollten sich unsere Mandatsträger*innen mit aller Kraft gegen Haushaltskürzungen stellen: Ja! Sollten sie über die Parlamente hinaus mobilisieren? Unbedingt! Sollten sie das Mittel der Haushaltssperre einsetzten: Wir glauben nein. Haben sie andere parlamentarische Druckmittel: Nein. Haben wir in der Haushaltsdebatte etwas zu verlieren: Ja. Unsere Glaubwürdigkeit. Aber uns fehlt die Vorstellungskraft, wie wir mit einer Haushaltssperre glaubwürdiger werden.

Im Haushalt können wir derzeit eigentlich nur verlieren. Glaubwürdigkeit wird uns eine Haushaltssperre nicht bringen. In den Sozialprotesten haben wir mehr zu gewinnen. Hier geht es nicht einfach um weitere Kürzungen. Stattdessen erleben wir im Schoße multipler Krisen, des Niedergangs des deutschen exportbasierten Kapitalismusmodells und unter dem Druck der faschistischen Option einen der fundamentalsten Angriffe auf die Machtarchitektur zwischen Kapital und Arbeit. Es ist ein Generalangriff – wir befinden uns im Klassenkrieg. Im Klassenkrieg gilt es Ressourcen zu konzentrieren und Gegenschläge sorgsam zu wählen. Wir haben derzeit Stellungen zu verteidigen. Die alten Rezepte von Verhandlungen im Hinterzimmer reichen längst nicht aus, auch nicht über den Haushalt.

Wenn die Bosse, wie es in einer Resolution der Vertrauensleute von Mercedes Untertürkheim heißt, die in den Gewerkschaften derzeit kursiert, organisiert zu Angriffen aushohlen, gilt es Gegenmacht aufzubauen. Nicht nur in den Parlamenten, sondern auf der Straße; vor allem aber in der Produktion, an den Stätten systemrelevanter Arbeit. Hier wurden am 21.9.2026 zum Automobilaktionstag betriebliche Aktionen wie außerordentliche Betriebsversammlungen, Streikaktionen mit politischen Demonstrationszügen verzahnt. Das gilt es auszuweiten auf den Ver.di-Bereich und andere gut organisierte und kämpferische Betriebe. Es gilt einen Schulterschluss mit den kämpferischen Teilen der Gewerkschaften systematisch zu suchen, Streikaktionen mit Verbündeten in den Gewerkschaftsgremien und Betrieben durchzusetzen. Das zu forcieren ist eine der Aufgaben einer organisierenden Klassenpartei in Zeiten eines der größten Angriffe auf die Machtressourcen der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Unser Ziel bleibt die auf gesellschaftlicher Planung basierte sozialistische Wirtschaftsordnung! ■



Die Rolle der Linken in den Verhandlungen zum sächsischen Landeshaushalt

Jule Nagel

Die Verhandlungen und Entscheidung über den sächsischen Landeshaushalt 2025/ 26 wurde in unserer Partei sehr intensiv geführt. Und dies zurecht. Einerseits weil ein öffentlicher Haushalt Grundlage der Gestaltung der Verhältnisse im Land ist, andererseits weil es die erste Haushaltsverhandlung unter den Bedingungen einer Minderheitsregierung aus CDU und SPD war. Gleichsam spiegeln sich in der innerparteilichen Debatte vor allem in Leipzig grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über Funktion und Rolle einer linken, sozialistischen Partei und über das Verhältnis von Opposition, parlamentarischer Präsenz und konkreter Gestaltungsmacht.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Debatte zum vergangenen Haushalt und einem Blick auf den nun vorliegenden Entwurf für den Landeshaushalt 2027/28 möchte ich deshalb auch diese grundsätzliche Frage aufgreifen.

Rückblick
Der Weg zum sächsischen Landeshaushalt 2025/26 war steinig. Erst im März 2025 und damit im laufenden Haushaltsjahr legte die Minderheitskoalition aus CDU und SPD ihren Entwurf vor. Er beinhaltete massive Kürzungen insbesondere bei Sozialem, Gesundheit, Kultur, Demokratie und Integration und ließ zugleich notwendige Investitionen in Bildung und Infrastruktur vermissen.Erst kurz vor der geplanten Beschlussfassung und nach dem Scheitern der Einigung mit dem BSW suchten CDU und SPD ernsthaft das Gespräch mit uns und den Grünen. Wir gingen mit einem klaren Ziel in die Verhandlungen: Kürzungen abzuwenden und eigene linke Akzente zu setzen.

Der sächsische Landesparteitag hatte unserer kleinen Fraktion im Juni 2025 ein sehr deutliches Signal gegeben, dem Haushalt unter klar und transparent benannten Prämissen zuzustimmen – der Abwendung von Kürzungen und der Ermöglichung von Kreditaufnahmen durch das Land. Diesem Votum folgten bei der finalen Abstimmung fünf der sechs Landtagsabgeordneten, mich eingeschlossen. Denn ein großer Teil unserer Änderungsanträge wurde übernommen. Gemeinsam mit den Grünen konnten wir so über 250 Millionen Euro zusätzlich verteilen und zahlreiche Kürzungen abwenden. Besonders hart wurde um die Verteilung Bundesmittel für Infrastruktur und Klimaschutz gerungen, wir konnten hierbei die Stabilisierung der sächsischen Krankenhäuser in den Fokus rücken. Auf unseren Druck hin wurde zudem die Möglichkeit einer Lockerung der sächsischen Schuldenbremse verbindlich festgeschrieben.

Genau diese Option wurde bei der Aufstellung des neuen Haushaltes für die kommenden zwei Jahre gezogen. 1,5 Milliarden Euro stehen damit zusätzlich zur Verfügung. Als Linke ist es uns gelungen, das Schwarze-Null-Mantra der sächsischen Konservativen zu durchbrechen. Vor allem aber ist es einer der wenigen Stellschrauben die Einnahmeseite für den Haushalt zu drehen, denn Steuern, auch solche die den Ländern zugute kommen, werden im wesentlichen durch den Bund ausgestaltet.

Neue Verhandlungsrunde
Als Fraktion haben wir den Weg in die nun anstehenden neuen Haushaltsverhandlungen wie beim vergangenen Mal eröffnet: mit einem Austausch mit gesellschaftlichen Akteuren.

Über 150 Menschen aus kleinen Initiativen, Selbstvertretungen, Gewerkschaften bis hin zu größeren Interessenverbänden folgten am 20. August unserer Einladung zum zivilgesellschaftlichen Konsultationsmechanismus. Dieses Format haben wir parallel zum parlamentarischen Konsultationsmechanismus ins Leben gerufen, um unser parlamentarisches Handeln mit denen rückzukoppeln, die von den politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind.

In thematischen Hearings werden wir die Debatten in der zweiten Septemberwoche weiterführen. Parallel wird es Diskussionsformate mit der Partei geben, in Chemnitz, Dresden, Leipzig und digital (https://www.dielinke-sachsen.de/termine/). Eine finale Empfehlung wird der Landesparteitag im November aussprechen. Die Möglichkeiten zur Information und Debatte sollten damit ausreichend gegeben sein und sind für uns als Fraktion wichtige Gradmesser für Entscheidungen.

Ein erster Blick auf den neuen, vor der Sommerpause ins Parlament geleiteten Etatentwurf für die Jahre 2027/28 zeichnet ein ambivalentes Bild. Es ist ein Rekordhaushalt, der für das Jahr 2027 26,5 Milliarden und für 2028 27 Milliarden Euro umfasst. Zwei Drittel des Haushaltsvolumens sind unveränderliche Pflichtausgaben, die sich aus gesetzlichen Leistungen, Personalausgaben und Versorgungsgarantien speisen. Viele von uns errungene Änderungen, etwa in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Demokratieförderung, Gleichstellung und Infrastrukturinvestitionen, werden nicht angetastet. Es fehlt allerdings die notwendige Anpassung an steigende Personal- und Sachkosten.

Beim Wohnen kommt die Regierung unserer Forderung nach und stellt mehr Mittel zur Verfügung, um wiederum mehr Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau abzurufen. Bei der Förderung des barrierefreien Wohnungsumbaus will sie dagegen die Kürzung durchsetzen, die wir beim letzten Mal erfolgreich abgewendet haben.

Insbesondere im Bildungsbereich zeigt sich ein negatives Bild: Die rückläufigen Kinderzahlen schlagen sich mittlerweile im Schul- und Hochschulbereich nieder und führen zu Kürzungsvorhaben, die sich mittelfristig vor allem bei der Personalausstattung dramatisch zuspitzen dürften. Zwar soll die Kitapauschale [1] endlich angehoben und nominell zukünftig an die Kostensteigerungen angepasst werden. Das bedeutet eine dringend nötige, wenn auch zu geringe Entlastung der kommunalen Haushalte. Eine Verbesserung beim Betreuungsschlüssel geht damit allerdings nicht einher.

Ein ähnlich ambivalentes Bild zeigt sich bei der Kinder- und Jugendförderung: Einer kleinen Erhöhung der jahrelang gedeckelten Jugendpauschale, mit der lokale Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche gefördert werden, stehen Kürzungen in anderen jugendrelevanten Bereichen gegenüber.

Im Bereich Klima und ökologischer Umbau wird die Handschrift der CDU sichtbar: Investitionen in Straßenbau statt in Radwegverbindungen oder ÖPNV und Kürzungen beim Naturschutz.

Auch bei der Integration zeigt sich der restriktive migrationspolitische Kurs der Union deutlich: Hier gehen die Haushaltsansätze deutlich nach unten, während gleichzeitig viel Geld in Abschottung und Ausgrenzung gesteckt wird.

Was jetzt unsere Aufgabe ist
In den kommenden Wochen werden wir als Fraktion das machen, was unser Job ist: den Haushalt analysieren, seine Defizite und Prioritäten hinterfragen, Änderungen und eigene politische Prioritäten in Anträge übersetzen, diese rückkoppeln und rote Linien definieren.

Dass wir dieses Mal ein planbares und längeres Zeitfenster für mögliche Verhandlungen brauchen, haben wir den regierungstragenden Fraktionen klar kommuniziert. Eine Entscheidung darüber, ob wir ernsthaft an Verhandlungen beteiligt werden und werden wollen, soll frühzeitig getroffen werden.

Dieses Vorgehen garantiert uns, dass wir mit klaren Prämissen in die Verhandlungen gehen und sie im Falle des Scheiterns auch verlassen können. Denn eines sollte klar sein: Verhandeln ist kein Selbstzweck und Zustimmung ist kein Automatismus. Über

Prioritäten und rote Linien werden wir kollektiv auf Basis der Analyse des Haushaltsentwurfes und unserer politischen Prämissen diskutieren. Zunächst wird es darum gehen, Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Klima und Bildung abzuwenden. Darüber hinaus wird es aber auch um Maßnahmen gehen müssen, die eine linke Handschrift erkennbar machen, etwa durch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Azubis oder Impulsen für eine sozial gerechte Gestaltung der Daseinsvorsorge, Stichwort Sozialticket oder Eigenanteile für die Pflege. Sollte ein Landeshaushalt scheitern, hätte das schon Kürzungsimplikationen, das müssen wir dabei ebenfalls in Abwägungen einbeziehen.

Wir sind Opposition, wir tragen diese Regierung nicht. Wir sind nicht dafür da, ihre Politik schönzureden oder ihr Mehrheiten zu verschaffen, wenn unsere politischen Bedingungen nicht erfüllt werden. Aber ebenso wenig sind wir dazu gewählt worden, uns darauf zu beschränken, im Parlament die richtigen Reden zu halten und anschließend dabei zuzusehen, wie die falsche Politik umgesetzt wird.

Linke Politik zwischen Protest, Kritik und Gestaltung

Die sächsische Haushaltsdebatte fällt in eine Zeit, in der auf Bundesebene ein massiver Angriff auf soziale Rechte und Rechte von Beschäftigten gefahren wird. Auch der Demokratie- und Integrationsarbeit geht es an den Kragen. Auf der anderen Seite entwickelt die extreme Rechte mit der AfD eine massive disruptive Kraft, die droht, gerade progressive soziale und gesellschaftspolitische Errungenschaften komplett zu zerstören.

Die von CDU und SPD vorangetriebene Aushebelung von Fürsorgeansprüchen für Kinder und Jugendliche oder die Entgrenzung von Arbeitszeiten treibt die sächsische Regierung explizit mit voran. Dem widersprechen wir entschieden und nutzen unsere landespolitischen Möglichkeiten als Oppositionspartei, um dagegen vorzugehen. Unter anderem auch immer wieder durch Anträge, mit denen wir versuchen, das Agieren Sachsens im Bundesrat zu beeinflussen. Denn bei vielen zentralen Fragen wie Steuergerechtigkeit, Sozialgesetzen, Aufrüstung oder Arbeits- und Mieter*innenrechten sind wir auf die bundespolitische Rahmensetzung zurückgeworfen.

Dabei werden die Folgen der Kaskade aus Kürzungen und Verschärfungen in Land und Kommunen besonders sichtbar werden. Vor allem die Kommunen müssen die Folgen dieser unsozialen Politik finanziell tragen und ächzen unter einer immensen Aufgabenlast.

Wir dürfen darum nicht aufhören, gegen die strukturellen Ursachen von Kürzungspolitik und sozialer Ungleichheit zu kämpfen. Zugleich müssen wir dort, wo wir heute politische Handlungsmöglichkeiten haben, versuchen, konkrete Verbesserungen durchzusetzen.



Mit Blick auf die konkreten Haushaltsverhandlungen in Sachsen plädiere ich deshalb weiter dafür, dass unsere Partei sich am sogenannten strategischen Dreieck aus erstens Protest und Bewegung, zweitens grundsätzlicher Kritik und Alternativen sowie drittens der Übernahme konkreter politischer Gestaltungsmacht orientiert, wie es im Gründungsprogramm unserer Partei festgeschrieben ist.

- Erstens: Protest und Bewegung

Wir müssen mit den gesellschaftlichen Partner*innen Protest gegen die unsoziale und inhumane sächsische Regierungspolitik und gegen eine falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik organisieren – gegen Schuldenbremse, Lohndumping und ungerechte Steuerpolitik.

Ansätze dafür gibt es sowohl in den von unserer Partei initiierten Sozialratschlägen und Protesten als auch bei Gewerkschaften und Sozialverbänden.

Eine parlamentarische Verhandlung ersetzt keine Bewegung. Ein Änderungsantrag ersetzt keinen politischen Druck von außen. Beides ist nur zusammen zu denken. Ein gutes Beispiel dafür ist der Kampf für die Bildungszeit in Sachsen: Ein großes Bündnis machte über Monate Druck für 5 Tage bezahlte Bildungszeit für Beschäftigte und richtete einen Volksantrag an den Landtag. Gegen Widerstände von Unternehmerverbänden und CDU wurde schlussendlich eine Bildungszeit von 3 Tagen beschlossen.

- Zweitens: grundsätzliche Kritik und gesellschaftliche Alternative

Wir dürfen nie aus dem Blick verlieren, dass wir für eine umfassende Gesellschaftsveränderung und die Überwindung des Kapitalismus kämpfen.

Als demokratische Sozialistinnen setzen wir uns grundsätzlich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzusetzen. Demokratischer Sozialismus ist dabei kein Resultat eines abstrakten Geschichtsplans, sondern das Versprechen einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Er geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus – gerade von denen, die in sozialen Notlagen sind, als Beschäftigte ausgebeutet werden oder als Migrant*innen rassistisch diskriminiert werden.

Gerade weil wir über das Bestehende hinauswollen, dürfen wir die Menschen mit ihren Problemen im Bestehenden nicht alleinlassen.

- Drittens: konkrete Gestaltungsmacht

Daraus erwächst unsere Verantwortung, im Bestehenden Verbesserungen zu erkämpfen – auch und gerade im parlamentarischen Raum. Dabei muss es gerade jetzt auch um den Schutz der Strukturen und Menschen gehen, die durch die Faschisierung besonders bedroht sind.

Dafür reicht es nicht, pointierte Reden zu halten oder auf Social Media möglichst radikal aufzutreten. Wir müssen Alternativen greifbar und umsetzbar machen. Das ist in den Kommunalparlamenten unser Alltagsgeschäft: Wenn wir einen verbesserten Betreuungsschlüssel in sozial besonders belasteten Kitas durchsetzen, kostenlosen Eintritt in Museen ermöglichen oder einen höheren Anteil von Sozialwohnungen bei Neubauprojekten erwirken.

Natürlich gibt es dabei ein Risiko: Wer verhandelt, kann vereinnahmt werden. Wer Kompromisse eingeht, kann politisch mitverantwortlich gemacht werden. Deshalb brauchen wir klare Prämissen, rote Linien, Transparenz und die Rückkopplung mit Partei und Zivilgesellschaft.

Ich schaue gespannt auf die kommenden Wochen und Monate und wünsche mir vor allem eine faire und solidarische Diskussion, eine Diskussion, die niemals aus dem Blick verliert, dass das Ziel unserer Politik sowohl die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen und der Transformation dieser Gesellschaft hin zu einer demokratisch-sozialistischen ist. ■

[1] Kindertagesstätten (Personal- und Sachkosten) werden von Land, Kommunen und Eltern finanziert. Im Sächsischen Kita-Gesetz ist der Landeszuschuss an diesen Kosten festgesetzt. Er soll ab 2027 von 3.570 Euro je Kind und Jahr auf 3.937 Euro steigen.

Gut, dass Sachsen dank uns Investitionskredite aufnehmen kann...

...der Haushaltsentwurf ist trotzdem inakzeptabel.
Pressemitteilung von **Susanne Schaper**

Die Vorsitzende der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Susanne Schaper, erklärt zur Ersten Beratung über den Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2027/2028:

„Der Regierungsentwurf ist nur deshalb kein totaler Kahlschlag, weil Sachsen sich Geld für Investitionen und die Kommunen leiht. Solche Kredite haben wir Linken lange gefordert. Mit den Grünen und der Unterstützung der SPD konnten wir die CDU-Blockade mit dem letzten Haushalt durchbrechen. Die Koalition kann also froh sein, dass sie uns Linke und die Grünen hat. Wir waren der Zement für das Fundament, auf dem sie jetzt ihren Haushaltsentwurf aufbaut. Der Freistaat kann jetzt anderthalb Milliarden Euro aufnehmen, um Werte zu schaffen, etwa zugunsten von Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Die Linke hat beim letzten Etat auch viele Programme - etwa für zivilgesellschaftliche Akteure – verteidigt, die jetzt nicht in Frage stehen. Gejubelt haben wir damals trotzdem nicht und auch heute hat niemand Grund dazu.

Der Entwurf ist meilenweit davon entfernt, gut für Sachsen oder für uns Linke akzeptabel zu sein. So, wie er jetzt ist, können wir nur ablehnen. Viele Budgets bedürfen der Korrektur. Der Landtag kann nur etwa ein Zehntel der 53,5 Milliarden Euro wirklich frei verteilen - das meiste Geld ist durch Personalausgaben, gesetzliche Aufgaben oder Bundes- und EU-Programme gebunden. Umso wichtiger ist es, die Mittel sinnvoll einzusetzen. Wir werden mit Änderungsanträgen zeigen, wie wir das machen wollen. Dazu sprechen wir mit vielen Menschen, deren Arbeit der Haushalt unmittelbar betrifft. Letzte Woche hatten wir eine volle Veranstaltung in Dresden, bald folgt unsere Hearing-Woche mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auf dieser Grundlage werden wir als Linke zu gegebener Zeit entscheiden, ob wir ein Gesprächsangebot der Koalition annehmen würden - wenn denn eines kommen sollte.

Inmitten der Krise von Wirtschaft und Demokratie braucht Sachsen etwas anderes: viel größere, mutigere Investitionen in Zusammenhalt, ökologischen Umbau, in Gesundheit, Pflege und Bildung. Es ist höchste Zeit für aktive Industriepolitik, die den Masterplan Südwestsachsen mit Leben füllt. Das zeigt die Lage bei VW auf brutalstmögliche Weise. Das hochbezahlte Management macht seinen Job nicht und ist unfähig, eine Strategie für den Konzern zu entwickeln. Auch deshalb muss der Staat handlungsfähig sein.“ ■

V.i.S.d.P.: Johannes Schmidt, Braustraße 15, 04107 Leipzig • Druck: wir-machen-druck, Klimaneutral • Redaktion: Katja Wagner, Georg Grünwald, Nicolas Rother



Zur Debatte beitragen?

Schickt uns gerne, ob allein oder als Gruppe, eure Perspektive, Kommentare oder Erwiderungen **bis zum 31.10.2026.**

An: debatten-redaktion@proton.me. Gerne könnt ihr uns auch schreiben, wenn ihr euch an der redaktionellen Arbeit beteiligen möchtet.